

# Technik in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung – Überblick über die Ergebnisse der Akzeptanzforschung

## *Vorbemerkung:*

Die heftigen Auseinandersetzungen um Kernenergie, Flughafenausbau, Chemiewerke und Verkabelung haben deutlich gemacht, daß die Einführung neuer Großtechnologien nicht nur von wirtschaftlichen und technischen Faktoren abhängt, sondern auch von der Bereitschaft der Bevölkerung, Veränderungen der physischen Umwelt zu akzeptieren. Dabei bedeutet Akzeptanz mehr als passive Duldung der „von oben“ verordneten technischen Neuerungen. Vielmehr soll hier unter Akzeptanz die positive Aufnahme einer Veränderung der physischen Umwelt verstanden werden, nachdem eine bewußte Auseinandersetzung mit dem Gegenstand der Veränderung stattgefunden hat. Insofern ist die früher als Soziotechnik abgetane Akzeptanzforschung nicht darauf angelegt, durch psychologische Tricks die Bereitschaft zur Hinnahme neuer Technologien oder anderer Maßnahmen zu fördern, sondern den Wahrnehmungs- und Bewertungsprozeß von Individuen und sozialen Gruppen nachzuzeichnen und zu analysieren.

*Die folgenden Ausführungen sind dazu gedacht, die bisherigen Ergebnisse der Akzeptanzforschung im Bereich neuer Technologien in gestraffter Form vorzustellen und zu erörtern. Zweckmäßigerweise soll dies in Form von Thesen geschehen.*

*These 1: Es gibt weder eine allgemeine Technikfeindlichkeit, noch gibt es eine einheitliche Volksmeinung über die Akzeptierbarkeit technischer Innovationen.*

Innerhalb der Bevölkerung gibt es vielmehr unterschiedliche Strömungen und unterschiedliche Technikbilder. Wenn man überhaupt von einer *allgemeinen* Tendenz reden kann, so können wir aus den vielfältigen Umfragen der letzten Jahre nur die Schlußfolgerung ziehen, daß die Ambivalenz der Technik stärker wahrgenommen wird als früher. *Nach wie vor ist die überwiegende Mehrheit davon überzeugt, daß Technik zum Segen der Menschheit beiträgt, aber eben auch negative Konsequenzen nach sich zieht.* Versucht man die Frage der Technikakzeptanz weiter zu differenzieren, so ist es notwendig, von unterschiedlichen Akzeptanzbereichen auszugehen. In der Akzeptanzforschung unterscheiden wir vier Funktionsmuster:

1. *Die konsumtive Akzeptanz:* Damit ist die Aufnahme derjenigen Technologien gemeint, die als technische Geräte im privaten Haushalt und zur privaten Lebensfüh-

rung eingesetzt werden. In diesem Bereich gibt es so gut wie keine Akzeptanzprobleme. Hifi-Geräte, Motorräder, Küchengeräte, Heimbohrer und anderes mehr sind genauso beliebt wie eh und je. Selbst moderne Konsumtechnologien, wie der Kompakt-Disk-Player, Telespiele und sogar der Heimcomputer, stoßen keineswegs auf prinzipielle Ablehnung. Akzeptanzprobleme gibt es allenfalls bei teilöffentlichen Gütern, die auf staatlichen Vorleistungen beruhen. Wenn beispielsweise neue Kommunikationstechnologien auf staatlichen Infrastrukturleistungen, wie die Verkabelung, aufbauen, deren Kosten von der Gesamtheit übernommen werden müssen, sind Proteste eher wahrscheinlich.

**2. Technologieakzeptanz am Arbeitsplatz:** Mit diesem Begriff sind die Technologien erfaßt, die am Arbeitsplatz zur Herstellung von Produkten oder Dienstleistungen im kommerziellen Rahmen benutzt werden. Auch in diesem Bereich können wir als Fazit festhalten, daß nur in einigen wenigen Wirtschaftssektoren massive Widerstände gegen Technologieeinführungen aufgetreten sind, während in den meisten Fällen Technologieproteste ausblieben. Vor allem im Bereich der Informationstechnologien läßt sich gut nachweisen, daß Personen nach einer gewissen Eingewöhnungszeit mit den neuen Technologien wesentlich positiver gegenüber diesen Innovationen eingestellt waren als der allgemeine Bevölkerungsdurchschnitt. Aus einer Reihe von internationalen Vergleichsstudien ist uns bekannt, daß die deutsche Wirtschaft häufig nicht die Vorreiterrolle in der Innovationsgeschwindigkeit übernimmt, sondern neue Technologien eher behutsam einführt. Die behutsame Einführung bringt es jedoch mit sich, daß die Innovationen von der Belegschaft viel eher akzeptiert werden und die neuen Technologien auch viel intensiver genutzt werden als in Vergleichsländern, in denen der Umbruch radikaler vorgenommen wurde.

**3. Die Akzeptanz als Nachbar:** Mit diesem Begriff wird die Aufnahme derjenigen Technologien umschrieben, denen der Mensch als Anwohner „ungefragt“ ausgesetzt wird. In diesem Bereich haben sich die hinlänglich bekannten Akzeptanzprobleme weitestgehend entzündet. *Kernkraftwerke, große Industrieansiedlungen oder Sondermülldeponien sind zunehmend in Legitimationsschwierigkeiten geraten.* Dabei tritt häufig eine Dichotomie zwischen Produkt und Produktion zutage. Nach Umfragen des Institutes für Demoskopie in Allensbach gibt es kaum eine Energieform, die mehr geschätzt wird als der elektrische Strom, und gleichzeitig kaum eine Anlage, die insgesamt negativer eingeschätzt wird als Kraftwerke. Der Düsseldorfer Sozialpsychologe *Hans-Christian Röglin* hat diese Tatsache auf eine einfache Formel gebracht: *„Wir lieben die Produkte der Industriegesellschaft, aber wir hassen die Art, wie sie hergestellt werden.“* Angelpunkte der Kritik an Großtechnologien sind zum einen die fehlende Möglichkeit der Anwohner, an der Gestaltung ihrer physischen Umgebung maßgeblichen Anteil zu nehmen, und zum anderen das Mißtrauen in die Behauptung von Betreibern und Genehmigungsbehörden, daß von derartigen Anlagen auch wirklich keine Gefährdung der Umwelt und der Gesundheit ausgehe.

**4. Symbolakzeptanz:** Mit diesem Begriff wird die Verkettung von symbolischen Attributen mit bestimmten Technologien verstanden. Bestimmte Technologien erhalten dabei Symbolcharakter in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die kollektive Verbindlichkeit von Wertorientierungen und politischen Zielvorstellungen. Häufig

treten dabei die instrumentellen Vor- und Nachteile einzelner Technologien zugunsten der ihnen zugeschriebenen Stellvertreterrolle für wettstreitende Zukunftsentwürfe in den Hintergrund.

Wenn wir also von Akzeptanzkrise oder Akzeptanzverweigerung reden, ist es notwendig, zwischen den verschiedenen Ebenen der Akzeptanz zu differenzieren. Von Akzeptanzverweigerung kann allenfalls im Bereich der Nachbarschafts-Akzeptanz geredet werden.

*These 2: Unter psychologischen Gesichtspunkten gibt es sechs zentrale Wahrnehmungsmuster, die weitgehend das Akzeptanzverhalten von Menschen steuern:*

1. *Die Angst vor dem Verlust zukünftiger Handlungsmöglichkeiten:* Sofern Personen davon überzeugt sind, daß ihre eigene oder die Handlungsfreiheit der anderen in Zukunft eingeschränkt werden könnte, entwickeln sie in der Regel alternative Handlungsstrategien oder versuchen so auf andere einzuwirken, daß veränderte Optionen der Zielerreichung angestrebt werden. Im Bereich der Technologiediskussion wäre hier das Stichwort: *Die Endlagerung von Atommüll.*

2. *Die Sicherstellung der Beherrschbarkeit von Technologien:* So sehr Technik als menschliches Artefakt für das gesellschaftliche Überleben und das soziale Handeln notwendig ist, *so sehr fürchten sich die Menschen davor, durch ihre eigenen Instrumente in ihrem Handeln und Verhalten eingeschränkt und reglementiert zu werden.* Ausdrücklich muß betont werden, daß es nicht die Undurchschaubarkeit von Technologien ist, die angsteinflößend wirkt, sondern die Vorstellung, nicht mehr Herr der eigenen technologischen Entwicklung zu sein. So gehen beispielsweise von Hifi-Anlagen oder mikroprozessorgesteuerten Waschmaschinen keine angstausslösenden Impulse aus, weil die Benutzer die völlige Kontrolle über den „Ein- und Ausschalter“ sowie die Programmwahl haben. *Die Tatsache, daß nicht die Undurchschaubarkeit, sondern die Beherrschbarkeit zentraler Angelpunkt der Technikakzeptanz ist, ist häufig von Vertretern sogenannter „sanfter“ Technologien übersehen worden.*

3. *Bedrohung von Privatheit:* Alle Technologien, die als Eingriff in das eigene Privatleben wahrgenommen werden, stoßen schnell auf Akzeptanzgrenzen. Dies gilt sowohl für Informationstechnologien als auch für Großtechnologien, bei denen weitreichende staatliche Kontrollen notwendig sind. *In einer Welt, in der zunehmend soziale Beziehungen anonymisiert und Leistungen der Lebenswelt professionalisiert werden, reagiert der Mensch sensibel auf die Bedrohung der eigenen Privatheit.*

4. *Bedrohung der Arbeitstätigkeit:* Menschen empfinden Technologien als eine Bedrohung, sofern durch ihren Einsatz das Prestige ihres eigenen Arbeitseinsatzes sinkt oder sie sogar ihren Arbeitsplatz verlieren können. Technologien am Arbeitsplatz werden um so mehr geschätzt, je mehr sie das eigene Prestige innerhalb des sozialen Umfeldes erhöhen und je mehr monotone und eintönige Tätigkeiten substituiert werden (aber nicht unbedingt manuelle!). Aus empirischen Untersuchungen wissen wir, daß Innovationsschübe in Betrieben meistens gleichzeitig mit Dequalifikationen und Höherqualifikationen einhergehen. Insofern ist es immer erforderlich, durch begleitende Maßnahmen Defizite auszugleichen.

5. *Verlust von Vertrauen in die Träger von Innovationen:* In immer stärkerem Maße ist der Mensch der modernen Industriegesellschaft auf vermittelnde Informationen angewiesen. Während früher der Anteil der direkt wahrnehmbaren Erfahrung rund 40 bis 60% des gesamten gespeicherten Wissens ausmachte, besteht unser Wissen heute aus über 90% vermittelten Informationen. Ob es in Nicaragua, China, Afghanistan oder Neuseeland wirklich so aussieht, wie uns die Fernsehkorrespondenten berichten, entzieht sich der persönlichen Erfahrungswelt bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Das gleiche gilt auch für die Vermittlung technologischer Informationen. *Je geringer aber die Möglichkeiten sind, durch eigene Erfahrung Informationen zu überprüfen, desto größer ist der Anreiz für Informanten zur Manipulation von Meinungen, und desto leichter ist es, widersprechende Meinungen in technologische Debatten einzubringen, weil man sie vor der Öffentlichkeit nicht nachzuweisen braucht (und auch kann).* Aus dem gleichen Grunde reagieren die Stellvertreter der öffentlichen Meinung (vor allem der Medien) auf echte oder vermeintliche Fehlinformationen und Informationsdefizite besonders empfindlich. Nicht zuletzt hat das Spannungsverhältnis zwischen unabdingbarem Vertrauensvorschuß und faktischem Vertrauensentzug die Dramaturgie bei den Nachbarschafts-Akzeptanzkonflikten geprägt. Denn als Anwohner von technischen Anlagen fühlt man sich in besonderem Maße auf sachgerechte und ehrliche Informationen der Betreiber und Genehmigungsbehörden angewiesen.

6. *Symbolfunktionen von Technologien:* Auf die besondere Bedeutung von Technologien als Symbole für gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen ist bereits im ersten Punkt hingewiesen worden. *Darüberhinaus können Technologien auch die Rolle des Sündenbockes oder von Identifikationsobjekten spielen.* In beiden Fällen werden diffuse Vorstellungen und Ängste auf ein Objekt hin kanalisiert, das stellvertretend für positive oder negative Emotionenbündel eine Manifestation der eigenen Bewunderung oder Verachtung bildet. In psychologischer Hinsicht handelt es sich dabei um eine symbolische Befreiung von psychischem Druck (Katharsis), indem man die häufig unbewältigten eigenen Emotionen aus dem eigenen Körper in ein fremdes Objekt überträgt.

Die Akzeptanzforschung hat auf allen diesen sensitiven Bereichen empirische und theoretische Studien hervorgebracht. Bislang stand dabei die Frage im Vordergrund, warum bestimmte Technologien unter Akzeptanzprobleme geraten und warum andere nicht. Mit Hilfe der hier nur in Ansätzen beschriebenen Systematik dürfte es in Zukunft aber auch möglich sein, bei neu auftretenden Technologien Akzeptanzprobleme im voraus zu diagnostizieren und entsprechende Gestaltungsvorschläge für die Einführung neuer Technologien zu erarbeiten. Um Mißverständnisse zu vermeiden, muß deutlich gesagt werden, *daß die hier aufgeführten Akzeptanzmechanismen viel zu fundamental und zentral im menschlichen Bewußtsein angelegt sind, als daß sie durch Propaganda, Public Relations oder andere Mittel der Öffentlichkeitsarbeit quasi manipulativ überwunden werden könnten.* Vielmehr muß der Handlungsspielraum genutzt werden, der durch die Formbarkeit der Technologien für verschiedene Zwecke und deren organisatorisches Umfeld vorgegeben ist.

*These 3: Das Unbehagen an der Modernität ist keine moderne Erscheinung. Seit Beginn der Industrialisierung sind Technologie und Industrialisierung ins Kreuzfeuer der Kritik geraten.*

Von der Romantik über den Maschinensturm bis zur Jugend- und Heimatschutzbewegung der 20er Jahre zieht sich eine deutliche Linie der Technikkritik, die Ende der 60er Jahre von den Umweltgruppen wieder aufgenommen wurde. Die Protestbereitschaft darf jedoch nicht als eine kontinuierliche Bewegung verstanden werden, sondern vielmehr als eine immer wieder neu aufflammende und sich selten auf historische Vorbilder berufene Spontanaktion von Bürgern. Seit Beginn der Industrialisierung ist dieses latente Protestpotential gegen „technische Rationalität“, „soziale und ökonomische Differenzierung“ und „zunehmende Industrialisierung“ vorhanden, das immer dann an politischer Kraft und sozialem Einfluß gewinnt, wenn die Industriekultur selbst krisenhafte Erscheinungen hervorbringt und gleichzeitig mehr und mehr Menschen unter den Auswirkungen dieser wirtschaftlichen Erscheinungen zu leiden haben (Umweltverschmutzung, Arbeitslosigkeit, Entfremdung von Natur und Produkt). Die Träger des latenten Protestpotentials gegen die Industriegesellschaft sind sich einig in der Ablehnung eines durchrationalisierten Wirtschaftssystems und eines auf Zweckrationalität beruhenden Verwaltungssystems. *Politisch wirksam wird dieses Potential aber erst dann, wenn es im Verlauf ökonomischer Zyklen einerseits zu strukturellen Krisenerscheinungen kommt (Arbeitslosigkeit, Innovationslähmung, ungleichgewichtige Wirtschaftsentwicklung) und andererseits diese Defizite in der Bevölkerung als „Fehler“ des Steuerungssystems wahrgenommen werden.*

Das, wie es scheint, zyklische Auftreten von Protestbewegungen hat in der Vergangenheit selten zu starken Kursveränderungen der offiziellen Politik geführt. Entweder wurden Teile der Inhalte langsam in die offizielle Politik integriert oder aber von Subgruppen in der Gesellschaft bis zu ihrer Bestandsauflösung weitergelebt. Inwieweit die neuen politischen Bewegungen, die sich für mehr Natur und weniger Technik einsetzen, in Zukunft fortbestehen können, läßt sich zur Zeit schwer prognostizieren. Wie alle sozialen Bewegungen sind auch sie dem Zeitreiheneffekt für Aufmerksamkeit (issue-attention cycle) ausgesetzt, der allen sozialen Themen nur eine bestimmte Lebensdauer für das allgemeine öffentliche Interesse einräumt. Auf der anderen Seite wissen wir aber, daß in der Bevölkerung die Resonanz auf die neue Frage der Umweltverträglichkeit durchgängig positiv ist, so daß „Grüne Weltbilder“ auch in bürgerlichen Kreisen salonfähig geworden sind.

*These 4: Nicht nur in Randgruppen unserer Gesellschaft, sondern auch in der breiten Mehrheit der Bevölkerung zeichnet sich eine Veränderung dominanter Werthaltungen ab.*

Im Gegensatz aber zur populären Vorstellung, daß die in den 50er und 60er Jahren dominierenden materiellen Werte durch post-materielle abgelöst wurden, *erkennen wir aus der Summe der empirischen Studien, daß die breite Mehrheit der Bevölkerung eine inhomogene Mischung von leistungsbezogenen, konsumbezogenen, naturbezogenen und Lebensqualität-bezogenen Werten entwickelt hat.* Stärker tiefenpsychologisch orientierte Untersuchungen haben dabei aufgezeigt, daß diese Mischung von Werten

noch nicht in ein homogenes und widerspruchsfreies Muster von Verhaltensorientierungen eingemündet ist, sondern in den Individuen selbst Zielkonflikte oder sogar Ungereimtheiten hat aufkommen lassen. Der Berliner Sozialökonom *Burkhard Strümpel* hat dies einmal als das klassische „Gefangenen-Dilemma“ bezeichnet, da für die einzelne Person jede Handlungsalternative mit Wertverletzungen verbunden ist. Als Folge dieses „Uneins-Sein“ mit sich selbst lassen sich Resignation, virulentes Aufbauen gegen offizielle Entscheidungsträger oder Rückzug aus der komplexen Welt in rigorose Weltbilder (bis hin zu Sekten) beobachten. In fast allen Fällen führt aber der Wunsch nach Auflösung der inneren Widersprüche zu einer stark selektiven Aufnahme von Informationen und einer häufig sehr pauschalen Etikettierung von Informationsträgern nach vorgefaßten Meinungsbildern. Einige Mechanismen, wie diese Reduktion der komplexen Wirklichkeit zu einem einfacheren Weltbild vonstatten geht, möchte ich an dieser Stelle kurz ausführen:

1. *Die Verteilung von Glaubwürdigkeit nach vermuteter Interessenlage:* Wegen des Übermaßes an vermitteltem Wissen und der Unmöglichkeit, Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen, müssen Individuen eigene Selektionskriterien entwickeln, um bei sich widersprechenden Informationen der einen oder anderen Quelle Glaubwürdigkeit zu- bzw. abzusprechen. Seit Mitte der 60er Jahre können wir beobachten, daß die Verteilung der Glaubwürdigkeit zunehmend nach vermuteter Interessengebundenheit erfolgt. Wurde man beispielsweise nach wissenschaftlichen Vorträgen früher gefragt, warum man zu dieser oder jener Meinung gekommen sei, so lautet heute die Standardfrage: Von wem werden Sie eigentlich dafür bezahlt, daß Sie diese oder jene Meinung hier vertreten? Dieser Mechanismus führt natürlich zwangsweise dazu, daß Institutionen, bei denen eine offensichtliche Interessengebundenheit vorliegt (z. B. die Industrie), im öffentlichen Wettstreit der Meinungen und Argumente eine schlechtere Ausgangsposition einnehmen als die Institutionen, bei denen nur latente Bindungen an Interessengruppen oder Wertgruppen vorliegen (etwa Umweltschützer).

2. *Die Moralisierung komplexer Sachprobleme:* Je mehr Sachwissen ein bestimmtes Thema erfordert und je unübersichtlicher die Argumentationszusammenhänge rivalisierender Deutungsmuster von Technologien sind, desto schwieriger wird es für den einzelnen, sich mit dieser Materie zu beschäftigen und eine eigene Meinung bzw. Einstellung zu bilden (s. dazu auch *Hans-Martin Pawlowski*, in diesem Band). Sofern er davon überzeugt ist, daß eine der beteiligten sozialen Gruppen seine Meinung gut und effektiv im Konzert der „Pressure Groups“ vertritt, kann er das Thema abhaken und auf eine ihm adäquate Delegation seines Interesses hoffen. Sobald sich aber Bürger nicht mehr durch bestimmte Interessengruppen vertreten fühlen oder aber diese neue Gruppenanhänger rekrutieren wollen, muß eine Ebene der Gesprächsführung gefunden werden, die jedem nach kürzerer Vorbereitungszeit mitsprachefähig oder zumindest mithörfähig macht. Dazu eignet sich, wie der Soziologie *Erwin K. Scheuch* hervorhebt, besonders die Moralisierung von Sachproblemen. *In dem Moment, wo bestimmte technische, ökonomische oder politische Sachfragen zu Fragen der Moral erhoben werden, spielt Detailwissen keine Rolle mehr (stört sogar meistens).* In einem moralisierten Streit werden Punkte in der öffentlichen Debatte durch Appelle, Schuldzuweisungen, echte oder gespielte Betroffenheit und moralische Entrüstung gesammelt. So

sehr man in den 50er und 60er Jahren politische und moralische Fragen durch Rekurs auf angebliche Sachzwänge von der öffentlichen Diskussion fernhalten wollte, so sehr erleben wir heute den Pendelausschlag zur anderen Seite, indem selbst die unverfänglichsten Sachfragen zu moralischen Schicksalsfragen hochstilisiert werden. *Es versteht sich von selbst, daß Konflikte mit moralisierender Tiefenwirkung kaum noch konsensual gelöst werden können.*

3. *Flucht in kollektive Geborgenheit:* Um der Komplexität der Umwelt auszuweichen und einfachere Interpretationsmuster des Alltagsgeschehens zu entwickeln, beobachten wir in zunehmendem Maße eine Einkapselung von Individuen in Wertgruppen, die relativ homogene Interpretationsmuster bis hin zu ganzen Weltbildern anbieten. Der besondere Vorteil dieser Wertgruppen besteht darin, daß jedem Mitglied ein ganzer Satz von selbstverständlichen Überzeugungen zur Verfügung steht, der nicht nur das Wir-Gefühl in der Gruppe stärkt, sondern auch klare Lebensperspektiven für das Mitglied selbst vermittelt. In einer Welt, die durch schnellen Wertwandel und Infragestellung aller Traditionen charakterisiert ist, kommt diesen Gruppen die Funktion einer psychologischen Stabilisierung und individuellen Sinnvermittlung zu. Problematisch für die notwendige Kohärenz und Integration in die Gesamtgesellschaft können solche Gruppen dann werden, wenn der Kontakt zu rivalisierenden anderen Gruppen völlig abreißt oder nur noch zum Schlagabtausch genutzt wird. Die Gefahr der Segregierung aus dem gesellschaftlichen Umfeld gilt übrigens für Banker ebenso wie für Alternativgruppen.

4. *Die sinnstiftende Rolle von Natur in einer säkularisierten Gesellschaft:* Die Säkularisierung der Gesellschaft mit der Verankerung von Wertpluralität als Kennzeichen einer liberalen Gesellschaftsordnung hat in vielen Menschen eine innere Unsicherheit, eine Suche nach Lebenssinn ausgelöst, der über den Zeithorizont des Individuums hinausreichen und universelle Geltung beanspruchen soll. Die ausbreitende Orientierungslosigkeit des Menschen, ausgelöst durch die Konkurrenz unterschiedlicher Wertesysteme und durch die Erkenntnis der Relativität menschlicher Ziele und Vorstellungen, hat die Sehnsucht nach einer stabilen, feststehenden und unumstößlichen Ordnung hervorgerufen. Dabei kommt der Natur eine besondere Schlüsselrolle zu. Sie verkörpert in modernen Industriegesellschaften Kontinuität, organische Entwicklungsfähigkeit und Besinnung. *So wenig die Natur Antworten auf Sinnfragen oder ethische Probleme geben kann, so sehr eignet sie sich als Kristallisationspunkt für Engagement, affektive Identifikation und personale Kontinuität.*

Für die Politik ergibt sich aus dieser Situation die Schwierigkeit, Offenheit gegen unterschiedlichen Forderungen relativ abgekapselter Gruppierungen zu demonstrieren und gleichzeitig die Rationalität der eigenen Entscheidungen sicherzustellen. Der Grundkonsens demokratischer Systeme, daß unterlegene Minderheiten „zähneknirschend“ sich den Entscheidungen der Mehrheiten unterwerfen müssen, ist durch die bestehende Tendenz zur Segregierung in Wertgruppen und der fehlenden grundsätzlichen Übereinstimmung in Zielen und Verfahren staatlicher Politik gefährdet. Gleichzeitig setzt aber die Moralisation von Sachproblemen der Möglichkeit konsensualer Politikfähigkeit enge Grenzen. In dieser Situation droht die politische Paralyse – Nichts geht mehr! Dabei muß zusätzlich bedacht werden, daß die verschiedenen Gruppierungen

gen unserer Gesellschaft sehr unterschiedliche Reaktionsmuster auf politische Entscheidungen entwickelt haben. Personen, die stark umweltbezogene Werte entwickelt haben und diese durch politische Entscheidungen verletzt fühlen, setzen ihren Protest in öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Demonstrationen um. Personen mit stark wirtschaftsbezogenen Werten wählen dagegen Protestformen der inneren Emigration: resignative Grundhaltungen, Leistungsverweigerungen oder sogar Kapitalflucht. In beiden Fällen entstehen der Gesellschaft soziale Kosten, die politisches Handeln notwendig machen. Und damit komme ich zur letzten These.

*These 5: Der sich heute abzeichnende Technologieprotest in Teilen der Bevölkerung ist nur ein Symptom für eine tieferliegende Krise des Akzeptanzverlustes kollektiv bindender Entscheidungen in der Politik.*

Ohne das Wort Krise überstrapazieren zu wollen, deuten viele Anzeichen in der heutigen Gesellschaft darauf hin, daß die Selbstverständlichkeit, politische Entscheidungen als notwendige Kompromißlösung in widerstreitenden Interessen zu akzeptieren, in Teilen der Bevölkerung geschwunden ist. Dabei – dies muß ausdrücklich betont werden – steht nicht das politische Entscheidungssystem als solches unter Legitimationszwang, sondern die Art, wie dieses System von den gesellschaftlichen Kräften ausgefüllt wird. Während die breite Mehrheit der Bevölkerung die demokratischen Institutionen und die Form der Prozeßsteuerung von politischen Entscheidungen als adäquat und sinnvoll betrachtet, wächst jedoch der Zweifel an der Neutralität und Kompetenz der personalen Träger dieser Institutionen. *Es handelt sich also – in soziologischer Fachsprache – weniger um eine Legitimationskrise des politischen Systems als um eine Implementationskrise der politischen Praxis. Die Gründe für diese Krise sind vielfältig:* Die Distanz zwischen der Regierung und den sie tragenden Parteien, ein durch Komplexität der Entscheidungen hervorgerufener Funktionsverlust der Parlamente, eine Vertiefung des öffentlichen Mißtrauens gegen angeblich neutrale Sachverständige oder gegen scheinbare Sachentscheidungen, die sich im nachhinein oft als latente Interessendurchsetzungen entpuppten, neokorporatistische, durch Interessengruppen beherrschte Kanäle der politischen Einflußnahme, die Aufdeckung von echten und vermeintlichen Übergriffen der Staatsgewalt auf die Freiheit einzelner Bürger und das Nichtreagieren auf neue Fragestellungen, die von gesellschaftlichen Gruppen an das politische System herangetragen werden, sind wohl die wichtigsten Symptome der Entfremdung zwischen Staatsgewalt und Staatsbürger.

*Aus diesem Grunde werden wir nicht umhin kommen, über den Bereich der Technologiepolitik hinaus Innovationen im politischen Implementationsprozeß einzuführen. Diese Innovationen müssen darauf gerichtet sein, das System und seine Institutionen nicht grundsätzlich in Frage zu stellen, sondern die Ausführung der politischen Aufgaben zu verbessern.* Dies ist – wie gesagt – keine normative Forderung von mir, sondern die Quintessenz der vielfältigen empirischen Arbeiten über das Verhältnis von Bürger und Staat, die in den letzten Jahren durchgeführt worden sind.

Wie müßten die notwendigen politisch-strukturellen Innovationen beschaffen sein? Zum einen gilt es, den Distanzverlust zwischen politischem System und Bürger dadurch auszugleichen, daß die Prozesse der Entscheidungsfindung und der Berück-



sichtigung verschiedener Interessen transparent gemacht werden, zum anderen müssen die Mitglieder des politischen Systems durch Rückkoppelung mit den Wünschen und Vorstellungen der Bürger vertraut gemacht werden, *da der Vorgang der Wahl oder Wiederwahl als Sanktionskriterium für diese Aufgabe nicht ausreicht*. Neue partizipative Formen der Einflußnahme des Bürgers auf staatliche Entscheidungen sind also gefordert, die jedoch das Gesamtsystem der Entscheidungsfindung – so das der Repräsentation – nicht aufweichen dürfen.

*Dennoch ist davor zu warnen, Partizipation als Allheilmittel zur Lösung politischer Probleme aufzufassen*. Mitwirkung und Mitbestimmung von Bürgern an der politischen Entscheidungsfindung können zunächst einmal Zielkonflikte nicht aus der Welt schaffen und Interessengegensätze nicht auflösen. Dazu einige kurze Stichworte:

1. *Die Forderung nach Betroffenen-Beteiligung ist in einer Gesellschaft mit hochdifferenzierter Arbeitsteilung illusorisch*. Denn wer betroffen ist und wer nicht, läßt sich aufgrund der in sich verflochtenen Wirtschaftsstruktur nicht mehr eindeutig ausmachen. Beim Bau eines Kraftwerkes läßt sich beispielsweise nicht entscheiden, in welcher Weise die Stromnutzer als Betroffene zu Wort kommen sollen. Von den Umweltauswirkungen des Kraftwerkes sind auch nicht nur die Anrainer betroffen, sondern möglicherweise auch andere Personen in weit entfernten Landstrichen. Das gerade aktuelle Problem des Waldsterbens gibt ja ein beredtes Zeugnis für diesen Umstand. Auch die in den 60er Jahren praktizierte Politik des Baus von hohen Schornsteinen zur gleichmäßigeren Verteilung von umweltschädlichen Stoffen ist ein gutes Beispiel dafür, daß unmittelbare Nachbarn und Anwohner von technischen Anlagen eine Minderung ihres Risikos auf Kosten der Allgemeinheit vornehmen können.

2. *Die Volksmeinung ist keineswegs einheitlich*. Mögen auch die in einer Bürgerinitiative versammelten Mitglieder alle eine bestimmte Lösung der Problematik bevorzugen, so gibt es wiederum andere Gruppen, die meist schwerer zu organisieren sind, denen eine andere Lösung lieber wäre. In dem Moment aber, wo Bürgerinitiativen Mitwirkungsrechte erhalten würden, ist es nach den Erkenntnissen der Logik kollektiven Handelns wahrscheinlich, daß Gebühreninitiativen entstehen, die ihre Interessen gegenüber den anderen Bürgerinitiativen durchsetzen möchten. Man wird also auch nach Einführung der Partizipation nicht umhin können, Konflikte zugunsten der einen oder anderen Seite durch politische Entscheidungen zu lösen.

3. *Ein drittes schwerwiegendes Problem ist die Frage der Kontinuität von Entscheidungen*. Wenn Partizipation von Bürgern Sinn machen soll, dann kann es sich nicht um repräsentativ gewählte Gremien handeln, die über eine längere Mandatsperiode Mitsprache- und Mitwirkungsrechte beanspruchen. Wenn es sich aber nur um punktuelle Einflußnahmen auf bestimmte Entscheidungen handelt, wird es sehr schwierig sein, positive oder negative Lerneffekte bei der Implementierung der Entscheidung zu berücksichtigen. Ebenfalls fehlt bei partizipativ getroffenen Entscheidungen ein direkter Sanktionsmechanismus für offenkundige Fehlleistungen: Weder die Sanktion von Wahl und Wiederwahl noch rechtliche Schritte können gegen eine Entscheidung beteiligter Bürger vorgenommen werden.

Mit diesen Ausführungen sollte nicht der Eindruck hinterlassen werden, als ob Bürgerbeteiligung politisch unfruchtbar sei. Im Gegenteil: *Die Stabilität unseres politischen Systems wird in Zukunft weitgehend davon abhängen, daß das politische System mehr auf die Präferenzen und Wünsche der Bürger eingeht.* Nur muß Partizipation in intelligenter Form in das System integriert werden, so daß die Vorteile des parlamentarischen Entscheidungssystems nicht außer Kraft gesetzt werden. Bis heute fehlen uns noch schlüssige Konzepte, um dieses Ziel zu verwirklichen. Vieles, was heute in dieser Hinsicht vorgeschlagen wird, ist meines Erachtens politisch unpraktikabel oder sogar gefährlich. Einige Vorschläge sollten jedoch die Chance einer Bewährungsprobe erhalten.

Eine erfolgversprechende Möglichkeit ist z. B. das Konzept der Planungszelle, das von dem Wuppertaler Sozialwissenschaftler *Peter Dienel* entwickelt worden ist. Bei der Planungszelle handelt es sich um eine Gruppe von nach dem Zufallsverfahren ausgewählten Bürgern, die exemplarisch für die Gesamtheit Planungsaufgaben bearbeiten und Empfehlungen an die Entscheidungsträger weiterleiten sollen. Dadurch könnten Wünsche, Präferenzen und Wertverschiebungen frühzeitig an die offizielle Politik weitergeleitet und in die Gewichtung von Handlungsalternativen eingehen. Die Forschungsgruppe in der Kernforschungsanlage Jülich hat beispielsweise im Bereich der Energiepolitik 24 derartige Planungszellen in Zusammenarbeit mit *Peter Dienel* und seinen Mitarbeitern in ganz Deutschland organisiert, um die Wünsche und Vorstellungen der Bürger zu einer sozialverträglichen Energiepolitik der Zukunft auszuloten. Ich glaube, daß das Ergebnis ermutigend genug war, um auf diesem Weg weiter fortzufahren.

*Wenn wir also lernen, die Akzeptanzprobleme gegenüber neuen Technologien als Symptome einer tiefer liegenden Strukturkrise des demokratischen Staates anzusehen, die nur durch politische und soziale Innovationen in den Griff zu bekommen ist, wenn wir also den Technologieprotest als Herausforderung und Chance und nicht als eine für unsere politische Kultur lästige Begleiterscheinung des notwendigen technologischen Wandels ansehen, dann – so glaube ich – können wir nicht nur den neuen technischen Entwicklungen mit Zuversicht entgensehen, sondern auch der heutigen Industriegesellschaft eine sinnvolle und verantwortbare Zukunftsperspektive geben.*